

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Norden 2895 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Verleger: Kurt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifenband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einbindung der Bezugsgebühren erforderlich.

Berliner Organ

Inserate kosten die nebeneinanderstehende Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Veranlassungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Dienstag, den 19. November 1918

Nummer 9

Sitzung des Arbeiterrats im Itekus Busch. (Vorläufiger Bericht.)

Kurz vor 10 Uhr wurde die erste Sitzung des Arbeiterrates von Groß-Berlin und Umgegend eröffnet. Den Vorsitz führte Genosse Wolkendühr. Nach Eröffnung der Sitzung sprach im Namen des Vollzugsausschusses Genosse Richard Müller. In einem fast einstündigen Referat schilderte er die ungeheuren Schwierigkeiten, die der Vollzugsausschuss und die Regierung auf allen Gebieten des inneren Lebens und die Durchführung der Revolution, der Mobilisierung der Truppen, der Durchföhrung der Demobilisierung, der Zusammenschaffung aller Kräfte der Arbeiter und Soldaten zur Befestigung und weiteren Entwicklung der Revolution in der Richtung der sozialistischen Republik. Nach der Rede des Berichterstatters die mit großem Beifall aufgenommen wurde, setzte eine Diskussion ein, an der sich die Anwesenden lebhaft beteiligten. Bei Reaktionsabschluss ist die Diskussion erst im Anfang, ein ausführlicher Bericht über die Sitzung folgt in der nächsten Nummer.

Beschlüsse der Unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens.

Eine Konferenz in Dresden.

In Dresden tagte am Montag im Ständehaus eine Konferenz der Parteirepäsentanten der Unabh. Sozialdemokratie Sachsens. Sie beriet die allgemeine politische Lage, wobei die Frage der Konstituante und der Einberufung der Internationale eingehend besprochen wurde. Beschlissen wurde:

1. Beim Parteivorstand die sofortige Einberufung eines Parteitag zu beantragen, um ihm die Auffassung der sächsischen Vertreter mitzutellen, daß sie die Frage der Einberufung einer Konstituante gegenwärtig nicht für spruchreif halte.
2. daß sie Schritte des Parteivorstandes zur Einberufung der Internationale für unverzüglich notwendig halte,
3. daß die Agitation für die Unabh. Sozialdemokratie mit allen Kräften geführt werden muß.

Belgien verzichtet auf die Neutralität.

Nach einer Meldung der „Neuen Korrespondenz“ aus Washington brachte die belgische Gesandtschaft in Washington offiziell die Absicht ihrer Regierung zur Kenntnis, in Zukunft auf die Neutralitätsgarantien zu verzichten.

Die Neutralitätsgarantien haben Belgien allerdings in diesem Kriege keinen Schutz gewährt. Die Frage wird aber, wenn die Demokratie jetzt überall zum Durchbruch kommt und der Sozialismus immer mehr Staaten erobert, in ein ganz anderes Stadium treten.

Zwischritte der roten Armee in Rußland.

Stachelm, 18. November. (Eolg. Bericht.)

Der Stab der Südarmerie meldet unterm 15. November: Route gingen unsere Truppen zu energischer Offensive über und besetzten von neuem Bobrov. Der Feind zieht sich ohne Ordnung eilig in teils östlicher, teils südlicher Richtung zurück. Unsere Truppen übermännlich nach zweitägiger intensiver Kämpfe drei Kavallerieregimenter im Distrikte Somobla—Berejodwa. 500 Kosaken wurden getötet. Zahlreiche Gewehre und Maschinengewehre wurden genommen; der Stab eines Kosakenregimentes sowie 200 Mann wurden gefangen. Der revolutionäre Kriegsrat der Armee beschloß, die Regimenter, welche an dieser Operation teilnahmen, durch Verleihung roter Fahnen zu belohnen.

Von der Uralfront wird vom 15. November gemeldet: Die bei der Wolkensbrück besiegten Weißgardisten werden energisch verfolgt. Unsere Truppen rücken fortgesetzt in der Dnieprungers—Zelaterinsburg vorwärts. In Richtung Ljowenski besetzte die rote Armee die Station Karmowitsche. Nach Besetzung der Synowjewski fehlen unsere Truppen die Offensive auf die Station fort. Der Feind zieht sich in Unordnung zurück.

Die Vorgänge bei der Ausweisung der russischen Botschaft.

Die russische Telegraphen-Agentur teilt mit: Bekanntlich wurde als Grund der Ausweisung der russischen Botschaft angegeben, daß eine Riste des russischen Kuriers durch Zufall gefaßt und geplatzt sei, worauf Aufruhr in deutscher Sprache zutage gekommen seien, welche zur Revolution aufforderten. Wie wir nachträglich erfahren, hat das Russische Kommissariat des Auswärtigen hierzu erklärt, daß niemals derartige Aufrufe nach Deutschland geschickt worden seien. Ihr Zutagetreten auf dem Bahnhof in Berlin im Augenblick, wo die Riste des Kuriers beschädigt wurde, bleibt unerklärlich. Man muß sich fragen, ob hier nicht ein Fall von Provokation durch einen Agenten der deutschen Regierung vorliegt.

Der Rückmarsch aus dem Westen.

Aus dem Haag wird der „Zeit. Bl.“ gemeldet: Ein Teil der Kadetten der aus Brügge und Antwerpen sich zurückziehenden belgischen Truppen ist auf Schiffen und Schleppbooten über die Schelde nach Holland gekommen. Dank des Entgegenkommens der niederländischen Regierung werden sie über die niederländischen Binnenwasserstraßen nach Deutschland zurückgebracht werden.

Aus Karlsruhe wird gemeldet: Der Durchmarsch und Durchtransport der vom Felde zurückkehrenden Truppen geht hier in musterwürdiger Weise vor sich. Verpflegung und Unterbringung machen keine Schwierigkeiten, da umfassende Vorbereitungen vorgenommen sind. Der Eisenbahnverkehr hat sich im Laufe des gestrigen Tages ganz außerordentlich gesteigert. Im Eisenbahnbetrieb sind Störungen bisher nicht vorgekommen. Gleich günstig laufende Meldungen über die Demobilisierung liegen aus anderen belgischen Städten, insbesondere aus Freiburg i. Breisgau vor.

Die Uebergabe der Flotte.

Ueber die Durchführung der Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages für die Marine erfahren wir von zuständiger Stelle, daß der kleine Kreuzer „Admiral Heine“ mit Admiral Meurer an Bord aus Rostock nach Wilhelmshaven zurückgekehrt ist. Die erste U-Bootstaffel, bestehend aus 20 U-Booten, ist am 18. November, 9 Uhr vormittags, im Geleit von zwei Begleitschiffen aus Helgoland ausgelaufen zum Treffpunkt mit englischen Seestreitkräften in der Nähe des Eingangs zum englischen Kanal. Von den zu internierenden Schiffen haben neun Dampfschiffe, fünf Panzerkreuzer, sieben kleine Kreuzer und fünfzig Torpedobote am 18. November auf Schilligrede sich gesammelt und werden voraussichtlich am 19. November mittags nach dem vereinbarten Rendez-vous-Platz etwa 40 Seemeilen vor dem Eingang zum Firth of Forth auslaufen.

Das Linienschiff „Admiral“ und der kleine Kreuzer „Dresden“, die infolge von Reparaturarbeiten noch nicht fahrbereit sind, werden nach Ueberkunft mit dem englischen Flottenschiff „Admiral Beatty“ in etwa drei Wochen interniert werden.

Die zweite U-Bootstaffel, bestehend aus 21 U-Booten, soll am 19. November aus Helgoland auslaufen.

Gruß der Ostfront-Soldatenräte.

Der Volksregierung Berlin ist folgende Kundgebung zugegangen:

Das heute, am 17. November 1918, in Riga tagende, aus 300 Delegierten aus Lit., Est- und Rußland und Litauen bestehende Parlament sämtlicher Soldatenräte der ehemaligen Ostfront grüßt die Volksregierung und alle Arbeiter- und Soldatenräte, die sie fördern. Wir begrüßen es, daß das deutsche Volk die Regelung seiner Geschicke in die eigene Hand genommen und damit den Grund gelegt hat zu einem glücklichen Zustand eines freien neuen Deutschland. Wir versprechen der Volksregierung unsere tatkräftige Hilfe bei der Durchführung ihrer dem Volkswohl dienenden Aufgaben.

J. L. Der Präsident Robert Albert, Soldatenrat Litau.

An die Arbeit!

Die feiertägliche Stimmung, die in den ersten Revolutionstagen überall in Berlin zu finden war, wo das werktätige Volk sich zeigte, hat verhältnismäßig schnell dem nüchternen Alltag Platz gemacht. Wohl zeigt sich mehr Selbstbewußtsein und Freude in der Haltung jener, die bisher geduldet unter der Last ihrer gesellschaftlichen Verantwortung dahingingen; wohl sieht man noch die ängstliche Spannung in den Augen mancher Bürokraten und Bourgeois, die ihrer Selbstherrlichkeit verlustig gegangen sind; wohl flattert noch hier und da eine rote Fahne, und die durch die Straßen laufenden Autos des Arbeiter- und Soldatenrates tragen das rote Abzeichen der Revolution, — aber sonst ist an dem äußeren Bilde Berlins nicht viel von der Revolution zu spüren. Mag sein, daß der Druck des Waffenstillstandsvertrages, dieses Erbteils der alten Ordnung, die Sorge um die Heimkehrenden und die Erhaltung der eigenen Existenz die Freude trüben, von der jeder von uns in den Revolutionstagen erfüllt war. Aber dennoch empfindet man es schmerzhaft, wie sehr auch dem revolutionären Volke Berlins der große Schwung und das Feuer mangeln, die die Revolutionen in den romanischen und slavischen Ländern auszeichnen. Wie artige Kinder sind die Teilnehmer der Revolutionenkämpfe nach Hause gegangen, und voll angeborener und anezogener Ehen vermeiden sie es noch immer, die politische Bewegung auf die Straßen hinauszutragen und in großen Umzügen und Manifestationen darzutun, wie sie empfinden, wie sie über die wichtigsten Begebenheiten des Tages denken.

Gewiß pulsiert jetzt in Berlin, wie überall in der Provinz, ein regeres Versammlungsleben. Alle Säle sind überfüllt und für Wochen hinaus belegt. Der Druck, den die Revolution von uns allen genommen, hat auch denen die Junge gelöst, die bisher den großen Trost der patriotischen Erdsturz der Revolution erliefen und zu neuem Denken, zu neuem Fühlen getrieben worden. Aber sind alle, die heute die Revolution feiern, befaßt in ihrem Namen zu reden? Sind nicht vielmehr viele von ihnen Revolutionäre von gestern, Novembersozialisten, die wie der liebe Gott mit den stärksten Bataillonen gehen? Wimmelt es nicht vor den Bureau der Arbeiter- und Soldatenräte wie in den Vorzimmern der Reichskämmer von Stellenjägern und Konjunkturpolitikern, die heute ebenso leicht dem roten Banner folgen wie gestern der Fahne schwarz-weiß-rot?

Neben diesen Erscheinungen tritt immer deutlicher zutage, daß alle Mächte der kapitalistischen Ordnung mit Hochdruck rüsten, dem siegreichen Proletariat die erungene Gewalt aus den Händen zu reißen. Ein ungeheurer Apparat wird aufgebaut, um die politisch ausgeschulten Massen zu tödern, die ganze große Verdummungs- und Verbeugungsmaschine, die in den Händen der Besthenden ruht, wird den neu geschaffenen Verhältnissen angepaßt und für die bevorstehenden Kämpfe um die Macht neu hergerichtet. Der Eifer ist begreiflich, denn für die bestehenden Klassen handelt es sich jetzt um einen Kampf auf Leben und Tod. Sie wissen, es gibt kein Kompromiß. Die Rot der Stunde zwingt uns die Alternative auf: entweder die Diktatur des Geldhais oder die Durchführung des Sozialismus!

Wir stehen jetzt erst am Anfang des Kampfes, dessen Ausgang darüber entscheiden wird, ob die Magnaten des Industrie- und Finanzkapitals die Welt beherrschen oder ob auf den Trümmern, die der Krieg hinterlassen, eine bessere Welt auf gemeinschaftlicher Grundlage errichtet wird. Die Revolution hat in ihren bisherigen Verlauf nur die nächstliegenden, formal-staatlichen Hindernisse aus dem Wege geräumt und dem Proletariat freie Bahn für seine schöpferische Arbeit geschaffen. Jetzt gilt es, zu bauen an dem großen Werk, das unser harret. Jetzt gilt es, zu zeigen, daß das Proletariat nicht nur fähig ist, die Fesseln der alten Ordnung zu sprengen, sondern auch jene physischen, geistigen und moralischen Kräfte hervorzubringen, die für die Verteidigung und Ausgestaltung unseres großen Werkes erforderlich sind.

Diese Arbeit kann nicht vollbracht werden mit dem Proletariat, sondern nur durch das Proletariat. Was von dem Bestehenden gut und brauchbar ist, muß erhalten und ausgebaut werden in unserem Sinne. Wir sind weit davon entfernt, die Zerstörung alles dessen zu fordern, was die angestrenzte Arbeit unzähliger Generationen geschaffen hat. Was wir wollen, ist, daß das Verfügungsrecht über das

Geschaffene, das jetzt in den Händen einer kleinen ausbeutenden Minderheit ruht, wieder in die Hände der Schaffenden gekehrt wird. Darum treten wir mit aller Energie dafür ein, daß die Entscheidung über die künftigen Daseinsformen unseres Volkes nicht denen überlassen bleibe die mit Hilfe ihres weitverzweigten und schlan angelegten Herrschaftsapparates, mit Hilfe ihres gewaltigen Beeinflussungssystems eine Macht ausüben vermögen, die ihrer verhältnismäßigen Stärke und ihrer Bedeutung im Gesellschaftsleben auch nicht im entferntesten entspricht. Die Macht muß zerbrochen werden. Den herrschenden Klassen muß der Boden unter den Füßen entzogen werden, ehe das Proletariat gemeinsam mit ihnen an die endgültige Schaffung der neuen gesellschaftlichen Ordnung schreitet.

Um diese Fragen wird es sich in den nächsten Wochen und Monaten handeln, die erfüllt sein werden von den heftigsten Kämpfen, die je in unserem Lande getobt. Wir ziehen strengen Wintes in diesen Kampf, denn seine Durchsetzung bedeutet Leben, sein siegreicher Ausgang verheißt eine glückliche Zukunft. Aber wir müssen dessen eingedenk sein, daß wir nur siegen können, wenn wir alle unsere Kräfte ausbieten, wenn wir die Gunst der Stunde nutzen, um unsere Ideen, unsere Organisationsformen in jene breiten Kreise des Volkes zu tragen, die bisher im politischen Dämmerlichte lagen und den gehorhamen Troß der Unterdrückten und Ausbeuteten bildeten. Wir werden nur siegen können, wenn wir die überlieferten Formen unseres Kampfes, die dem ruhigen Tempo der jetzt bereits überwundenen Geschichtsperiode entsprechen, zum alten Eisen werfen und uns schnell und entschlossen den neuen Formen des Kampfes anpassen, die sich von den alten etwa in demselben Maße unterscheiden wie die Ausnahme und Formen des Weltkrieges von denen der Kontinentalriege des vorigen Jahrhunderts. Denn jetzt sind die Massen mobil gemacht, dieselben Massen, die wir bisher nur langsam und allmählich in den politischen und sozialen Kampf hineinzuziehen vermochten. Der Weltkrieg hat sie mobil gemacht. Nicht nur in dem Sinne, daß er sie in den Schützengraben schickte und das gesamte Hinterland dem eisernen Gebot des Militarismus unterwarf, sondern auch in dem Sinne, daß er sie herausgeholt aus dem langsamem Troß des bisherigen Daseins, daß er sie hinausforderte auf die Arena, wo der Kampf der Klassen ausgefochten wird, daß er ihnen den mörderischen Mechanismus der kapitalistischen Gesellschaft enthüllte, der im Kriege gezeigt hat, daß er nur wert ist, daß er zugrunde geht.

Alle diese Massen können wir gewinnen, müssen wir gewinnen. Wir müssen ihnen zeigen, daß wir zu arbeiten verstehen, um die dringendste Not der Stunde zu beheben, die Ernährung zu regeln, die Produktion und den Verkehr aufrechtzuerhalten, den Frieden abzuschließen. Aber wir müssen ihnen auch zeigen, daß wir diese Arbeit nicht für die kleine Schicht der Besitzenden, nicht im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Macht, sondern für die Gesamtheit des arbeitenden Volkes vollbringen. Während unsere Vertreter in der Regierung, in der Verwaltung, in den Arbeiter- und Soldatenräten die für unsere Ziele notwendigen Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Kontrollmaßnahmen treffen, müssen wir hinausgehen in die breitesten Kreise des Volkes, zu den Soldaten, zu den Frauen, zu den Bauern, zu den kleinen Beamten, zu den Angehörigen des proletarischen Mittelstandes. Jeder von uns sei ein Agitator, der unsere Ideen den Massen zugänglich macht. Jeder von uns sei ein Organisator, der die aus dem dringenden Schicksal der Unterdrückten und Ausgebeuteten zusammenfaßt, um sie zum gemeinsamen Sturm gegen die alte kapitalistische Ordnung zu führen. Wenn wir auf dem Posten sind, wenn wir aus uns herausholen, was an Initiative, Tapferkeit und Opfermut enthalten ist, dann werden wir aller Sozialisten Herr werden und unsere Revolution von ihren Anfängen zu höheren Entwicklungsstufen, zum Endsiege führen.

Der Ukraine-Hetman gestürzt?

In Berlin tritt mit großer Bestimmtheit die Nachricht auf, daß der Hetman der Ukraine, Skoropadski, gestürzt sei. Der seine Evidenz angezweifelt hat, ist noch nicht bekannt, doch ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sein Nachfolger in demselben Verhältnis zur Entente stehen dürfte, in dem der Kasakengeneral zu der deutschen Besatzung gestanden hat.

Zwei 9. November.

Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm II.

Am 9. November 1918 verzichtete Wilhelm II. auf die Kronen des Deutschen Reiches und von Preußen, gezwungen durch die das ganze Reich durchlaufende Revolutionswelle, die am gleichen Tag Berlin erreichte und durch die die Rüstung der roten Fahnen auf Schützern und Regierungssoldaten auch die Hoffnungen zerbrach, die seine Nachkommen vielleicht noch hegen.

Am 9. November 1848, genau 70 Jahre vorher, ließ Friedrich Wilhelm IV. durch den Ministerpräsidenten General Brandenburg die konstituierende Nationalversammlung Preußens von Berlin nach Braunsberg verlegen, um dort zwei Wochen später ihre Tagessitzung und seinen Vorbesuch vollziehen zu können. Und am gleichen Tage ließ Schwarzenberg in Wien Florenz abbrechen, den von ihm als ersten Präsidenten der erhofften deutschen Republik schon gewählt hatte.

Die Geschichte handelte nach ehernen Gesetzen, ohne Rücksicht auf Kronen und Titel spricht sie ihre harten, aber gerechten Urteile. Letzte damals ein Hohenzoller, der sich bei allen seinen Taten durch sein „Königsgebietnis“ gerechtfertigt glaubte, auf Wortbruch und Vergeßlichkeit des Volkes den Grundstein zum Turm der Hohenzollernmacht, so stürzte heute ein Hohenzoller, der nicht weniger an seine göttlichen Rechte glaubte, von der höchsten Spitze des Turms, der auf solchem Grund gebaut war. Die große Reaktion vom Herbst 1848, nicht erst und nicht allein die Bismarckische Gewaltpolitik haben das deutsche Volk auf die schiefere Ebene gebracht, auf der es während der letzten Jahre sich bewegte.

In den Revolutionstagen des März hatte Friedrich Wilhelm eine reichlich köstliche Rolle gespielt, hatt' sich, als das Volk am 19. ins Feld drang, in die den Jansen der Vergeßlichkeit, hatte am folgenden Tag die schwarzrotgoldene Binde angelegt und in den Straßen Berlins Friedrichsreden gehalten — kurz, er, der noch wenige Wochen vorher dem „Minister“ des Reichs abgesprochen hatte, die Erfüllung des Verfassungswortes seines Vaters zu verlangen, bewies alle Vorgesandtschaft, die man von Königen erwarten kann, die um ihrer Ehre wegen, so gelang es ihm, das Volk zu sonnenhellen Wäldern zu machen und

Eine freche Unterstellung.

Die Sorge um die „Stellenjagd“.

In der „Täglichen Rundschau“ liest heute der konservative Politiker Dr. Bremer den fälligen Schmähartikel auf die Sozialdemokratie. In einem Artikel, der das Bürgerturn zum gemeinsamen Kampf gegen die soziale Republik aufruft — den bürgerlichen Parteien wird die geschlossene Front gepredigt — erloubt sich der Herr, der offenbar nur mit den Köstlichen arbeiten kann, die ihm keine langjährigen Erfahrungen in seinen eigenen Kreisen geliefert haben, den folgenden dreckigen Angriff:

Was wir jetzt haben, ist keine soziale Republik, sondern eine sozialdemokratische Mächterherrschaft. Und wie kann es mit dem ehrlichen Bedenken einer wahrhaft sozialen Regierung vereinbar sein, wenn man auf Kosten von Bürgern, Bauern und Arbeitern täglich Tausende von höchst einträglichen Arbeitsstellen schafft, ohne dafür eine andere Grundlage und Deckung zu haben als die Macht? Man denke nur an den unglaublichen Fall Rautsch, den man eigens aus einem Tischeben zum Deutschen ummodelliert, nur um ihn — zum Unterstaatssekretär werden zu können! Wie können staatsrechtlich so wohlgeschulte Männer, wie die bürgerlichen Minister Friedberg, Krause und Schiffer, dieses geschickte Umwehen in der Verwaltung mit ihrem angesehenen Namen bedenken? Und wenn fällt bei dieser wilden Stellenjagd nicht Reuters Wort ein von den Reuten, die die „Planstellen“, wo sei es Stein mit der große Bundesamtstag setzen wollen? Denkt man nicht an die gewaltigen Kosten für den verlorenen Troß des Weltkrieges? Und in einer so bedrängten Finanzlage soll das Volk auch noch die zahllosen Stellenjäger im Reich und in Preußen sättern, die für ihre unnützen Reiter oft nur die eine Legitimation mitbringen: ihre sozialdemokratische Behauptung? Ganz gewiß; nichts ist berechtiger als der Ruf nach Beendigung dieser geschloßenen Tage durch Schaffung einer neuen Reichsordnung; und dem wird sich auch diese Regierung nicht lange wehren entgegen können.

Wie wollen dahingestellt lassen, ob der ehrenwerte Herr Jonas dies vergiftete Geschloß in gutem Glauben schiedert. Vielleicht hat der beachtenswerte Mann in seinen Kreisen wirklich so viel Stellenjäger gesehen, daß er sich über den elenden Gesellschaftspunkt, von dem er in seinem Geschloß ausgeht, nicht mehr erheben kann. Sonst hätte er sich doch wohl sagen müssen, daß er sich gehörlig lächerlich macht, wenn er der Reichsregierung unterstellt, sie schaffe eine Stelle, um einem Mann von der wissenschaftlichen Bedeutung Rautschs eine Versorgung zu verschaffen. Weber die Regierung noch Genosse Rautsch haben nötig, auf diese lächerliche Verschimpfung zu antworten. Wir alle wissen, daß Genosse Rautsch nur unter dem dringenden Zwang der Umstände seine wissenschaftliche Arbeit, die jetzt für die Arbeiterbewegung von ganz besonders hoher Bedeutung ist, unterbricht oder doch erheblich einschränkt, um seine Kraft für das schwierige Werk der Infallierung der sozialistischen Republik zur Verfügung zu stellen. Wir wissen, daß er ein Opfer bringt, daß er nicht nur seine persönlichen Neigungen, sondern auch schwerwiegende soziale Gesichtspunkte zurücklassen mußte, als er ins Amt ging. Und was von Rautsch gilt, das gilt nicht minder auch von den anderen Genossen, die jetzt die Last der Regierungstätigkeit auf sich genommen haben, um aus dem Herrschaftsinstrument privilegierter Klassen allmählich eine Verwaltungsorganisation der arbeitenden Massen zu machen.

Den bisherigen Pfänden der fetten Regierungsdämmer, den Konservativen, den Junkern insbesondere, konnte es passen, wenn wir ihnen die warmen Sessel weiter ohne jede Aufsichtung überließen, wenn das Privileg der Korpsstudenten unangefastet bliebe. Und nicht minder angenehm konnte es der Bourgeoisie sein, wenn wir die alte Bureaucratie, die so gut auf die Wahrung der bürgerlichen Interessen eingespült ist, ruhig weiter wirtschaften ließen und auf die notwendige Kontrolle verzichteten. Aber das ist denn doch nicht der Sinn der Revolution des deutschen Proletariats. Es wird sich schon erlauben an die Spitze des Reichs seine Vertrauensmänner zu stellen und die Bureaucratie des alten Regimes, die noch nicht entsetzt werden können, durch seine Beauftragten scharf auf die Finger setzen zu lassen. Ueber den schmutzigen Anwurf der Stellenjäger wird es mit Verachtung zur Tagesordnung übergehen.

die Gefahr, die ihm von der Revolution drohte, durch die Einberufung der preussischen Nationalversammlung abzuwenden. Berlin beruhigte sich. Man dachte die Ziele der Revolution erreicht zu haben, als in der Singalademie die Männer zusammenkamen, die nach des Königs eigenem Wort dem neuen preussischen Staate die Verfassung geben sollten.

Aber Nochiavelli, dessen Lehren die Hohenzollernführer in ihren Taten nur zu oft folgten, empfiehlt dem Fürsten den Vorbehalt, wenn er im „Eigennutze“ notwendig ist, er stelle den Befehl auf: „Für einen Fürsten ist es nötig, wenn er sich behaupten will, daß er lerne, nicht auf sein zu können.“ Und Friedrich Wilhelm wollte sich behaupten! Anam war die Gefahr drohend, da verschonte er die „Kommissar“ um sich, die Junker und Offiziere, Biemarck an ihrer Spitze, von denen er sich gern erzählen ließ, daß er Herr im Lande sei und daß er die Macht besäße, die bedrohte „Ordnung“ überall wiederherzustellen. Schamhaft hielt er ihren Ermahnungen entgegen, er müsse sich hüten, den Weg des formellen Rechtes zu verlassen; wenn er mit der Berliner Versammlung, dem Tagelöhnerparlament, wie man sie in gewissen Kreisen nannte, brechen wolle, so müsse er dazu das formelle Recht auf seiner Seite haben.“ (Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen.“) Man fällt auf dieser Neuerung den Wunsch heraus, den Versuch zu vollziehen, und fällt, daß dessen Ausführung nur eine Frage der Zeit war.

Und in der Tat, Friedrich Wilhelm wartete nur den günstigen Augenblick für die geplante Vergewaltigung ab, wartete nur darauf, daß die Lage sich so veränderte, um seinem Staatsreich Erfolg zu versprechen. Er ließ erst die Volksstimme sich beruhigen, ludte sie mit frommer Dubiosität in den Schlaf, ließ erst Wien den ersten Schritt gegen die junge deutsche Freiheit ausführen, ehe er ein gleiches wagte. Das Vorgehen der Nationalversammlung paßte ihm zwar wenig, aber er fürchtete sich doch vor entscheidenden Schritten, bis Oesterreich ihm den Rücken stärkte. In der Singalademie hatte man dem König bei der Aufstellung der Verfassung nur ein Sündenbündel zugestanden, d. h. ein dreimaliges Einspruchsrecht gegen die Beschlüsse des Parlaments, die er annehmen mußte, wenn sie zum drittenmal gelehrt wurden. Man hatz' den Adel, die Orden und Titel abgeschafft, man irisch die Prozeß „von Geistes Wachen“ aus der Verfassung; man brachte

Poincaré über Elsaß-Lothringen.

Gegen eine Volksabstimmung.

Bei der großen Rundgebung, die am Sonntag in Paris aus Anlaß der Freisetzung Elsaß-Lothringens stattfand, hielt Präsident Poincaré eine Rede, in der er die Wiedergewinnung der beiden Provinzen für die Frankreich vier Jahre lang in maßvollen Beschloßen von Hoffnungen und Enttäuschungen gekämpft habe, feierlich und zum Schluß ausführte: „Dals wird Frankreich Elsaß-Lothringen endgültig befreien können. Welch ein Gefühl für alle, die diesen seit fünfzig Jahren erwarteten Ruhmesan erwarteten. Welch ein Gefühl für den Ministerpräsidenten, der mit solchem Feuer, solchem klaren Blick, solchem Glauben und solchen Erfolgen an der Befreiung der gesungenen Provinzen gearbeitet hat. Ich erinnere daran, daß Elsaß-Lothringen infolge seiner geographischen Lage zu Frankreich gehört. Um die Rückkehr Elsaß-Lothringens an Frankreich zu rechtfertigen, genügt der Hinweis auf die jahrhundertelange Dauer gemeinsamen Ruhmes und auf die gemeinsam erlittenen schweren Kämpfe. Eine Volksabstimmung würde an der Wucht der Tatsachen nichts ändern können. Es ließe die Gerechtigkeit herausfordern, wollte man die Rückkehr der vergewaltigten Völker zur Freiheit von einer neuen Befragung abhängig machen. Die Rechtsansprüche, die man bei ihnen unterdrückt, bleiben unwandelbar. Inwiefern es die Gerechtigkeit herausfordern“ ließe, wenn man die Bevölkerung der Reichsländer nach ihrem Willen frage, in das Gebiet des Herrn Poincaré. Der Chauvinismus fragt nicht nach Gründen. In dem Selbstbestimmungsrecht der Völker vertritt sich die Unterwerfung der Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen zweifellos nicht.

Deutsch-Oesterreich und Deutschland.

Die „Deutsche Allg. Stg.“ (früher „Norddeutsche Allg. Stg.“) schreibt:

In Deutsch-Oesterreich scheint es, wie mir zuverlässig hören, verflummt zu haben, daß die deutsche Regierung auf die Anschließung der Deutschen Oesterreichs an die deutsche Volksrepublik nicht ausdrücklich zustimmend und dankend geantwortet hat. Man hätte eine etwas präzisere Erklärung gewünscht. Selbstverständlich würde der Anschluß Deutsch-Oesterreichs in ganz Deutschland mit Freude begrüßt werden, aber die deutsche Regierung muß gegenwärtig bei allen staatsrechtlichen Erklärungen Rücksicht auf die Entzente nehmen. Soweit bekannt, macht sich bei dieser ein Widerstand gegen die Vereinfachung nur auf Seiten Frankreichs, nicht aber bei England und den Vereinigten Staaten bemerkbar, die sich mit dem Anschluß Deutsch-Oesterreichs an die deutsche Republik einverstanden erklären dürften.

Ein Protest des Zentrums.

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumspartei des preussischen Abgeordnetenhauses erließen folgenden Aufruf:

„Die sozialdemokratische preussische Regierung hat das Abgeordnetenhause für aufgelöst, das Herrenhaus für beseitigt erklärt. Wir betreiben ihr das Recht dazu und erheben Einspruch dagegen. Sie selbst erklären in ihrem am 12. November d. R. veröffentlichten Programm, daß über die zukünftigen Staatsverfassungen in Preußen eine verfassunggebende Versammlung entscheiden solle. Wir erheben auch Einspruch gegen jeden Versuch, die durch Verfassung und Reich festgelegten Grundzüge über das Verhältnis von Staat, Kirche und Schule in dieser Übergangszeit zu ändern, und überhaupst Anordnungen zu treffen, die über den Rahmen der Kulturverhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit hinausgehen. Wir verlangen die unverzügliche Ausdehnung von Wahlen für die verfassunggebende Versammlung!“

Der Kampf um die Slowakei.

In Prag fanden am Sonntag zwei Versammlungen gegen das Vorgehen der Magyaren in der Slowakei statt, in der ein militärisches Einschreiten in der Slowakei gefordert wurde. Die Teilnehmer zogen dann vor das Militärkommando und der Obmann der Gesellschaft kündigte an einem Fenster die Mobilisierung der tschecho-slowakischen Armee gegen die Magyaren an. Landesverteidigungsminister Alois entwidete bei der Volksversammlung auf der Sokolnisch, wie der „Pondbelst“ meldet, sein Programm. Sein Ziel sei die nationale Wille. Nur so viele Soldaten sollen unter den Waffen bleiben, als man braucht. Sollten die Deutschen instigieren wollen, müßten sie die Macht des tschecho-slowakischen Staates zu fassen bekommen, ebenso wie die Magyaren in der Slowakei. Falls aus Deutschland russische Arsenalspläne als Volkshemmen über die Grenzen kämen, brauche man ebenfalls eine bewaffnete Macht.

den Antrag ein, den Kämpfern des 18. März von Staat wegen den Dank auszusprechen. Das ihm — dem von seinem göttlichen Recht so tief Überzeugten! Er lobte vor Welt. Und die Kamilla drängte ihn, endlich dem „Reichsminister“ seine Macht zu zeigen. Hörgerte er noch, so erleuchteten die Ereignisse in Oesterreich ihm den Weg.

Dort hatte sich Schwarzenberg die Führung der Reaktion übernommen. Er war es, der das Zustandekommen der deutschen Einigkeit hinderte, indem er erklärte, die Oesterreicher würden nur in dem Bund eintreten, wenn sie dessen Leitung erließen und damit dem dynastischen Hochmut Preußens den Oesterreich gegenüberstellte. Er sandte Windischgrätz mit der kaiserlichen Truppe zur Wiedererlangung der Wiener Revolutionäre. Als Wiens Fall in den letzten Tagen des Oktober bevorstand, sand' Friedrich Wilhelm endlich den Ruf zum Handeln.

Das Ministerium Stuel, das er sich durch die Revolution hatte auszuwählen lassen, wurde entlassen und ein Ministerium der rettenden Zeit“ berufen, an dessen Spitze General Brandenburg trat. Am 1. November wurde Wien von Windischgrätz besetzt. Am 2. November stellte sich Brandenburg der Kammer vor. Und nun ging die Entwicklung schnell vor sich. Die Truppen, die schon vier in der Umgegend Berlins zusammengedrängt hatte, wurden unter Wrangel Befehl zum Einmarsch in die Stadt bereitgehalten. Für den 6. November war der große Schlag geplant.

Im Schauspielhaus, wohin das Parlament aus der Singalademie übergeführt war, wurden Vorbereitungen getroffen, um die Unverletzlichkeit der Abgeordneten nötigenfalls zu brechen zu können. Eine starke Voligetruppe besetzte die Eingänge. Dreihundert besten Schützen des Garde-Jäger-Bataillons wurden so untergebracht, daß sie auf ein bestimmtes Signal hin im Saale erscheinen und mit ihren Revolvern Genauigkeit schießen die Minister bedrohen konnten. In den umliegenden Gebäuden wurden Truppen verborgen. Wrangel rüfte mit seinen Truppen ein und nahm am Generalstabsamt Aufstellung. Brandenburg erschien und verlas den Beschluß des Königs, der die Kammer vertagte und auf den 27. November nach Brandenburg einberief. Man wußte unter den Abgeordneten

Reichssekretär Saffler über Finanzfragen.

Der Reichssekretär des Reichsschatzamtes erklärte in einer Unterredung, daß die neue Regierung nicht daran denke, etwas an den Bedingungen der Kriegsanleihe zu Ungunsten der Anleihebesitzer zu ändern. Die Kriegsanleihe würde auch nach wie vor zum Nennwert bei einer Anzahl von Steuern in Zahlung genommen und könnten ebenso für die Bezahlung der aus den Beerebeständen freiwerdende Rohstoffe benutzt werden. Nachdem Herr Saffler dann in sehr berechtigter Weise den Unmut und Unstun der Noten- und Geldbankerei geißelt hatte, fuhr er fort:

Ich erkläre Ihnen schon heute, daß ich gegen die Steuerhinterziehung in jeder Form mit der äußersten Schärfe vorgehen werde. Das Steuerhintergehen, das die Verschönerung von Geldern und Effekten ins Ausland verhindern soll, war nur ein Anfang; ihm werden entsprechende Maßnahmen für das Inland folgen. Unser Volk hat ein Anrecht darauf, daß die Erstellung der finanziellen Lasten nach dem Prinzip der Gerechtigkeit ganz rücksichtslos und gleichmäßig, ob es sich um hoch oder niedrig handelt, durchgeführt wird.

Das Abschmelzen mag im Urwege hart gelitten haben, und man mag sich vielfach noch mehr als früher an den Gedanken gewöhnt haben, daß es kein Verbrechen sei, den Staat zu betrügen. Aber wir müssen uns zu der Ansicht durchringen, daß der Steuerhinterzieher, der gerade in dieser schweren Zeit sich weigert, nach seinen Kräften zur Unterhaltung des Reiches beizutragen und der die auf ihn entfallenden Lasten anderen, schwächeren Schultern ausbürden will, nicht besser ist, als irgendein anderer Betrüger, sondern schlimmer, und daß es sich von einem Landesverräter nicht sehr unterscheidet. Wenn jedoch der Kopf an die stützenden Kräfte verlagert sollte, so werde ich mit den denkbar schärfsten Mitteln gegen die Steuerhinterziehung vorgehen, wo sie sich findet, und Sie können schon heute den „hans Nagen“ brauchen im Lande, das es annehmt die Maßnahmen, die ich vorbereite, ein sehr schlechtes Geschäft sein wird, den Verlust der Notenbankerei und der Steuerbankerei fortzusetzen.

Die Kriegsgewinne werden mit voller Schärfe erfaßt werden. Wie werden neue Mittel und Wege finden, um die Betrüger, die ihrer Natur nach die eigentlichen Kriegsgewinne darstellen, wenigstens einigermaßen als solche aufzufindern und härter zu bestrafen.

Die Grundlagen für unsere neue Steuergesetzgebung werden sich erst dann ermitteln lassen, wenn Klarheit geschaffen ist über den endgültigen Umfang des Reiches, über das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten im neuen Deutschland und sodann über den Geldbedarf selbst. Außerdem hebe ich auf dem Standpunkt, daß das Volk selbst einen vollsten berechtigten Anspruch auf weitestgehende Mitwirkung bei der Beschlußfassung über die künftige Steuergesetzgebung hat. Aus diesem Grunde halte ich es grundsätzlich für unmöglich, vor Zusammentritt der Nationalversammlung ein Programm aufzustellen. Das haben natürlich nicht, daß ich an die Ausarbeitung und die Durchführung von Steuergesetzen in der Zwischenzeit gehen werde, die insofern notwendig werden, als ein Rückfall von mehreren Monaten das kommende Ergebnis wesentlich zu beeinträchtigen droht.

Es ist selbstverständlich, daß den Steuerbetrüglern das Handwerk künstlich unmöglich gemacht und die Kriegsgewinne für die Besteuerung gesichert werden müssen. Aber wir glauben, daß in der Zwischenzeit auch eine Reihe Maßnahmen getroffen werden müßten, um die Verbesserung unserer Finanzen zu erleichtern. Wir sind überzeugt, daß die Nationalversammlung werden werden, die die dringenden Bestimmungen später ohne weiteres die Indemnität erlassen wird.

Der Abzug der Deutschen aus Polen.

Der „Köln Anzeiger“ bringt eine Reihe von Berichten über den Abzug der Deutschen aus den besetzten Gebieten Polens. Danach ist es bei ihm nicht immer ohne Gewaltmaßnahmen abgegangen. Besonders eine Schilderung aus Lodz berichtet von Ausschreitungen gegenüber den abziehenden Deutschen. Ob die Berichte im einzelnen übertrieben, läßt sich natürlich schwer feststellen.

Ueber die Vorgänge in Warschau; die allmähliche Zuspitzung der Situation und das Ergebnis der Entwidlung berichtet ein zurückgekehrter Beamter: Die erste Explosion war die Ermordung des Botschafters für die politische Feldpolizei Dr. Schulze. Drei Tage später wurde der Kriminalkommissar Dr. Schönbach ermordet. Fast täglich hörte man dann von ähnlichen Vorfällen, bei denen besonders Soldaten die Opfer waren. Ein

ien, daß dort, wo man nicht mehr unter dem Schutze der Berliner Bürgerwehr stand, fruchtlose Arbeit unmöglich sein würde. Aber Krangel gab Befehl, in 15 Minuten den Saal zu räumen, und so mußte man sich der Gewalt der Waffen fügen.

In Wien wurde an demselben Tag — ohne daß ein auch nur formeller Grund bestanden hätte — Robert Blum, der Reichstags-Präsident, erschossen.

Trotzdem war einwachen der Traum von deutscher Einheit und Freiheit ausgeblüht. Die Dynastien in Wien und Berlin verneigten in gegenseitigem Vergess die Herstellung des gesamten deutschen Bundesstaates, in dem auch die Deutschösterreichischen Länder aufgenommen werden sollten. Sie verhinderten, im Wiederbesitz ihrer alten Macht, die Entwicklung der Freiheit des Volkes, dem sie Verfassungen aufzwangen, in deren Rahmen sie und die Kräfte, die sie stützten, sich den Platz der Vorrechte wahren konnten. Und der eifrige Förderer ihrer Politik war Bismarck, der spätere Schöpfer der preussisch-deutschen Hebermacht in „Mitteleuropa“, das die Diktatoren anschließend, weil sie sich gegen diese Hebermacht wehrten und sich ihr nicht unterordnen wollten, der Mann des Sozialismus, der ausgeprägteste Typ preussischer Junkertums.

Seine Politik hat heute einen Schlußpunkt erreicht, aus dem auch nicht ein Wimpern gerettet werden konnte. Vorbei ist die preussische Macht der Hohenzollern, die der Sozialismus besiegt und die Erlösung aller deutschen Völker zur Republik auf dem Marsche. Wohl verstand auch der letzte Hohenzollernkönig die Wege seiner Vorfahren zu gehen. Auch er, der „Hohenzollern-König“, verstand seine Anpassungsfähigkeit zu beweisen. Er abgab alle Vorrechte des 20. Jahrhunderts, um die in seinem letzten Handbuche seine liberale Gesinnung vorzuführen zu können — aber das Volk hatte aus der Geschichte gelernt und ließ sich nicht mehr einschleusen. So blieb Wilhelm II., der die Schwärze und ein Schweif, der ihn in der Richtung der Welt nach Ost unter Friedrich Wilhelm stellt: die Pflicht, um sich zu halten, unter dem Schutze seiner eigenen „Schwarze“ nicht Hungerte. Bestand noch eine Notwendigkeit, dem Volk von Wien an zu berichten, so wurde sie durch die Ereignisse vom 9. November 1918 erfüllt.

1. November marschierte das Volk zur Begehung Pilsudkis zum Bahnhof. Zwei vorbeikomende deutsche Soldaten wurden zum Grabe aufgefordert. Als sie sich weigerten, wurden sie niedergeschlagen. Eine besonders harte Schlägerei herrschte am Sonntag, dem 9., dem Berliner Revolutionstage, am Sonntag und Montag früh. . . Am Montag, dem 11., ließ sich die 17 000 Mann starke deutsche Garnison von den 4800 Legionären, die nur etwa 400 Gewehre besaßen, entlassen. Am gleichen Tage ergab sich die Brigade bis auf ein Fort. Am Dienstag, dem 12., berichteten die polnischen Zeitungen triumphierend über die Deute. In Litauen die „Gazeta Poranna“: Des Marschieren wurden 800 Pferde abgenommen, den Russen 1000, dem Spital 200 und einem Zug, der aus der Ukraine kam, 400 Pferde. Auf dem Flugplatz Palatow wurden 80 fertige und 40 demontierte Flugzeuge „erobert“, auf der Gajelnastraße die Depot für Flugmittel und Verbandszeug, geschätzt auf 25 Millionen Mark. Auf dem Bahnhof Warschau-Praga wurden 61 gefüllte Schütze mit Proviant, Uniformen, Munition für mehrere 10 Millionen in Besatz genommen. Ihr Liehen den Polen 113 000 Waggons mit 1500 Lokomotiven, ferner Kabel und alles Zubehör. In Stettin mit den Schafen ohne Eisenbahnmateriale auf über 700 Millionen Mark zusammen.

Der Sozialrat trat mit Pilsudki, in dessen Händen nun alle Gewalt ruht, in Verbindung. Er versprach den ruhigen Abtransport der Soldaten und Beurlaubung letzterer betrug mit Damen etwa 7000 Personen. Er stellte die Bedingung, daß die Kreise ohne Waffen und nur mit Nahrungsmitteln für etwa acht Tage erfolgen und niemand mehr als 1000 M. bei sich tragen darf. Die einzelnen Abteilungen bildeten nun einen Kommando, um dem Sozialrat und dem Verwaltungsrat v. Sienkiewicz zur Seite zu stehen. Mittwochs stellte die polnische Verwaltung den ersten Zug, der etwa 1000 Soldaten auf der Linie Warschau-Nowa in Richtung fortzuschickte.

Der „Köln Anzeiger“ ist sehr entrüstet über die furchtbare Schmach, die unserm Volke jetzt von den durch Ströme deutschen Wirtes befreiten Polen angetan werden. Mit der „Befreiung“ Polens ist das aber so eine Sache. Es sollte bekanntlich nur soweit gehen, als die deutschen Interessen, das heißt die Interessen der deutschen Militär- und Kapitalisten, davon einen Vorteil hatten. Die von den Deutschen eingerichtete Verwaltung ist das größte, um den Polen die neugewonnene „Freiheit“ verhöhnt zu machen. Der dem „Köln Anzeiger“ ferichende Beamte aus Warschau erkennt denn auch offen an: Die deutsche Verwaltung hat mit ihren Maßnahmen wiederholt böses Blut unter der Bevölkerung erregt. Vor allem aber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es ein unerträgliches Verbrechen war, die Besetzung Polens so lange aufrechtzuerhalten, bis es für eine geordnete Abberufung der deutschen Behörden und eine geordnete Abnahme des dort befindlichen deutschen Materials tatsächlich zu spät war.

En-lich-französische Schiffsraumfragen.

Doufflon, der französische Kommissar für den Seerecht, erklärte in einer Unterredung mit dem Pariser Korrespondenten des „Telegraph“, daß er großen Gehensvorsatz überreichen werde, demzufolge um einen Kredit von 2 Milliarden für den Bau von drei Millionen Tonnen Schiffsraum in drei Jahren ersucht wird. Ueberdies redete der Kommissar darauf, daß die torpedierten Schiffe durch deutsche Schiffe ersetzt werden. England habe den Antrag auf Abtretung von 500 000 Tonnen Schiffsraum an Frankreich, und zwar ein Drittel bei Beendigung des Krieges, ein Drittel während des laufenden Jahres und ein Drittel im zweiten Jahre, genehmigt. En-lich erklärte Doufflon, daß die Requirierung der französischen Handelsflotte auf Ersuchen Englands erfolgt sei. Die Requirierung werde bis höchstens sechs Monate nach Beendigung der Feindseligkeiten dauern.

Schlesische Beschlagnahme.

Aus Reichenberg (Wien) wird vom 10. November gemeldet: Als gestern Komite der Österreichisch-Ungarischen Bank mit 22 Millionen Kronen von Wien nach Reichenberg fuhr, wurde der Verkehr trotz eines Gefährdungsbeschlusses, der die Unterschrift des kaiserlichen Gesandten in Wien trug, in Liebenau von einem kaiserlichen Oberleutnant beschlagnahmt und trotz eines auf telegraphische Praxis von Prag einlaufenden Auftrages, die Geldsumme freizugeben, vom kaiserlichen Bahnhofs-Kommandanten in Liebenau nach Turnau zurückbefördert.

Zeitbetrachtungen.

Zeit brauchte sieben Tage — nach seiner Zeitrechnung — um aus dem Chaos die Welt zu schaffen. Die Töchter oder hinterhältig sind diejenigen, die glauben oder verlangen, daß wir aus der Unbestimmtheit und zerstörten Erde in einer Woche ein blühendes Paradies schaffen können.

„Rot, grün, schwarz oder blau, was schert es mich“, sagte das Schwärze und drängte sich nach dem vollen Trog.

Eine der höchsten Erscheinungen der letzten Jahre waren die Kriegsgewinnler. Hätten wir uns vor Revolutionsgewinnlern!

Was sich nicht alles in den Arbeiter- und Soldatenrat drängen müßte! Wie lange noch, und der gestürzte Kaiser wird sich ihm zur Verfügung stellen.

Sich nachvollständigt Licht auch nicht das junge Blut der Revolution mit einem Wackelbalg verhalten.

„Ich will so nur den Baum der Revolution beschneiden“, sagt der Kapitalismus. Laßt ihn gewähren — und er totet ihn aus mit Stumpf und Stiel.

Welche Angst bei vielen, daß wir der kommenden Nationalversammlung beweisen können, daß unsere Forderungen keine Utopien sind. Bruno Schönlank.

Um die Transportmittel.

Eine neue Note an Wilson.

Aus dem Haag meldet Holländisch-Nieuw-Bureau, daß Reichssekretär Saffler an Staatssekretär Lansing eine neue Note gesandt hat. Er wird darin unter anderem erklärt, daß es bei dem Deutschland gegenwärtig zur Verfügung stehenden rollenden Material unmöglich wird, eine auch nur in engen Grenzen gestattete Versorgung der Städte mit Lebensmitteln sicherzustellen, abgesehen von dem fernst notwendigen Transportmaterial für Kohlen usw. In der Note wird weiter gesagt, wie sich aufzuheben auch nur für eine Woche die Versorgung garantieren zu können und müßten, da die Verhältnisse im Osten und Westen, Süden und Norden gleich liegen, damit rechnen, daß gleichzeitig in allen Teilen des Reiches Hungerrevolten als Folgen der Transportschwierigkeiten entstehen, deren weitere Folgen unabsehbar wären. Fernerhin hat die Aufrechterhaltung der Blockade, insbesondere in der Ostsee, zur Folge, daß sowohl die für unsere Industrie notwendigen Transporte aus dem Norden, wie die für Skandinavien unentbehrlichen deutschen Kohlen unmöglich sind und die davon abhängenden deutschen und skandinavischen Industrien zur Arbeitslosigkeit, wenn nicht zum Stillstand gezwungen. Auch die Behauptung der Nord- und Ostsee-Fischeret würde während der Blockade anhalten.

Wir bitten unsere Vertreter in Spa anwesenden, obige dringenden Wünsche mit den Vertretern der alliierten Regierungen zu besprechen. Diese haben aber keinen Erfolg, da die Vertreter der Alliierten keine Vollmachten zu Verhandlungen zu haben können. Wir bitten angesichts der drohenden Gefahr, die uns aus den erdrückenden Massenstillstandsbedingungen erwächst, und möglichst umgehend einen Ort zu bezeichnen, an dem unsere Vertreter mit den Bevollmächtigten der alliierten Regierungen zu Besprechungen obiger Fragen zusammenkommen können. Da die Transportfrage zu Wasser und zu Land täglich schwieriger wird, und die zurückstehenden Truppen alle Organisationen aufzulösen drohen, bitten wir, keine Zeit zu verlieren, damit wir imstande sind, die bisher noch bestehenden Ordnung weiter aufrecht zu erhalten.

Belogen und betrogen.

U-Boot-Verluste und U-Boot-Bau.

Ein angebliches System der Lüge und des Betruges enthält der Kapitän a. D. Perissus in einem Artikel des „Berliner Tageblatt“, der die Wahrheit über die deutsche Marine im Kriege und besonders über den U-Boot-Krieg gibt. Wir erfahren da, daß eine berühmte Schiffsbauanstalt des gelehrten Herrn v. Tirpitz dafür gesorgt hat, daß die deutschen Kriegsschiffe denen der Engländer technisch unterlegen waren, so daß in der Schlacht die weiler tragenden englischen Geschütze die deutschen schwach armierten Schiffe in Grund und Boden geschossen hätten, wenn nicht geschickte deutsche und ungeschickte englische Führung sowie ungeschickte Wetter die deutschen Schiffe vor dem sicheren Verderben bewahrt hätten. Die deutschen Verluste waren bei alledem schon „ungeheuer“, sagt Perissus, „und es war am 1. Juni 1918 jedem Kapitän klar, daß diese Schiffe die einzige bleiben würden, bleiben müssen“. Man vergleiche dazu das verlorene Triumphgeschrei, das das Kriegspresseamt in der abhängigen Presse über den „glorreichen Seesieg“ anstimmen ließ. Tirpitz hat trotzdem weiter Großkampfschiffe bauen lassen, die Kreuzer, Torpedoboote und U-Boote — immer nach Perissus — unzureichend armieren lassen, trotz aller Vorstellungen der Kommandanten usw.

Diese technische Vorterei ist für unsere Stellung zum Marinismus selbstverständlich mitentscheidend. Wir wären seine grundsätzliche Feinde auch, wenn er technisch völlig auf der Höhe gewesen wäre. Aber es ist immerhin nicht gleichgültig, daß die Herren Marine nicht einmal auf ihrem Fachgebiet etwas Einwandfreies zu leisten vermochten, daß sie durch ihre Unfähigkeit schwere Verluste an Blut und Gut verschuldet haben.

Als man endlich den U-Boot-Bau zu forcieren begann, war das Material dafür so knapp geworden, daß ganze Geschwader älterer und schließlich gar neuerer U-Boote zu Kreuzer abgewandelt werden mußten, um U-Boote herzustellen zu können. Hier nach Verlust hat der Bestand und der Bau von U-Booten niemals ausgereicht, um dem Landbootskrieg die Wirkung geben zu können, die dem deutschen Volk von der Heeres- und Marineleitung und der Reichsregierung vorgegaukelt wurde. Von dieser Seite wurde es immer wieder erneut vorgelegen, daß ständig gewaltige Mengen von U-Booten hergestellt würden und daß die „außerordentlich geringen“ Verluste durch die Neubauten weit übertrag werden. Diesen Schwindel geschloß Perissus durch die folgenden beiden Tabellen. Im Jahre 1917 hatte Deutschland an U-Booten:

	Zugang	Verlust
Januar	0	4
Februar	2	0
März	4	0
April	4	1
Mai	6	5
Juni	8	3
Juli	10	4
August	12	11
September	6	1
Oktober	12	12
November	5	7
Dezember	5	9

Der Bestand an U-Booten war:

April 1917	126 Frontboote
Juni	134
August	141
Oktober	148
Februar 1918	157
April 1918	153
Februar	160
April	128
Juni	113

Die Zahlen sprechen laut genug. Man sieht, wie die einzigen kleinen Schwankungen höchlich stetig unglücklich wurden. Und was hat die offiziöse Preßmacht dem deutschen Volk vorgelesen!

Es ist ein Volk infanter betrogen worden, als das deutsche im Weltkrieg. Die Leute, die die Verantwortung für die Verbrechen tragen, gelächelt dazu, wenn sie späterer Häupter wie Liebknecht schiden lachen, ins Ausland!

Zur Sicherung der Ernte.

Kriegsernährungsamt, Landwirtschaftsministerium und Ministerium des Innern erlassen folgenden Aufruf:

Noch viele hunderttausend Zentner Getreide, Kartoffeln und Rüben sind im Boden, weil ausreichende Arbeitskräfte zum Ausheben fehlen.

Werden diese Feldfrüchte nicht bald geerntet, vernichtet sie der Frost. Das darf nicht geschehen, denn das wäre ein unerträglich Verlust für unsere ohnehin schwer gefährdete Volksernährung.

Es ergeht daher an alle Arbeiter- und Bauernräte sowie an alle Behörden der dringende Ruf, überall dort, wo noch Kartoffeln im Boden sind, bei den Truppen und unter den Arbeitslosen männlichen und weiblichen Geschlechts durch Vermittlung der örtlichen Arbeitsnachweise sofort die Arbeitskräfte aufzubringen, die erforderlich sind, die Ernte schnellstens zu vollenden.

Die Bauernräte, die noch Kartoffeln im Acker haben, sind verpflichtet, von den nächstgelegenen Truppenteilen und Behörden die erforderlichen Arbeitskräfte gegen Zusicherung eines angemessenen, die heutigen Lebensverhältnisse berücksichtigenden Lohnes schnellstens anzufordern.

Sind sie darin lässig oder verzögern die Ernte durch die Weigerung, einen angemessenen Lohn zu zahlen, so müssen die Behörden geeignete Zwangsmassnahmen ergreifen, um die Feldfrüchte vor dem Verderben zu bewahren.

Um die deutsche West-Ungarn.

Der Staatsrat Deutschösterreichs hat sich in seiner Sitzung vom 18. November mit Bestimmung aus dem deutschen West-Ungarn beschäftigt und dazu folgende Beschlüsse gefasst:

Der Staatsrat erklärt: Die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete der Komitate Preßburg, Wieselburg und Eisenburg gehören geographisch, wirtschaftlich und national zu Deutschösterreich, haben seit Jahrhunderten in innigster wirtschaftlicher und geistiger Gemeinschaft mit Deutschösterreich und sind insbesondere der Stadt Wien zu ihrer Lebensmittellieferung unentbehrlich; darum wird der Deutschösterreichische Staat auf dem Friedenskongress auf dem Anschluß dieser Gebiete an die Republik Deutschösterreich bestehen. In diesem Sinne begrüßt der Staatsrat die lebhafteste nationale und wirtschaftliche Anschließbewegung der Deutschen West-Ungarns und bewilligt sie im Verbands der deutschösterreichischen Republik.

Das Staatsamt für Volksernährung ist beauftragt worden, Einkäufer in die westungarischen Gebiete zu entsenden und Lebensmittel so rasch als möglich herbeizuschaffen, um von Wien die unmittelbar drohende Gefährdung der Volksernährung abzuwenden.

Neue Verordnungen.

Einschränkung des Telephonverkehrs geboten!

Die Reichsregierung gibt bekannt:

Durch zahlreiche Gespräche aller heimatischen Soldatenräte sind die Fernsprecheinrichtungen so überlastet, daß Gespräche der Generalinspektoren zu den heimatischen Depots oft stundenlange Verzögerungen erleiden. Dadurch wird die Ernährung des heimkehrenden Heeres in hohem Grade erschwert.

Auch zwischen den heimatischen Soldatenräten und der Front finden unaufrichtig Telephongespräche statt, die die Leitungen blockieren. Dieser Zustand verhindert eine geregelte Befehlsgebung, die für die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen unerlässlich ist.

Die A- und E-Räte der Heimat werden dringend ersucht, mit Rücksicht auf die hier geschilderten Gefahren ihren Telephonverkehr nach Möglichkeit zu beschränken.

Politische Nachrichten.

Diktator Pilsudski. Das polnische Nachrichtenbureau meldet: Pilsudski wurde mit unbeschränkter diktatorischer Gewalt ausgestattet.

Von den englischen Wahlen. Die Unionisten und Koalitionsliberalen haben abgemacht, daß beide Parteien die unionistischen Kandidaten in 280 und die liberalen Kandidaten in 150 Wahlkreisen unterstützen werden.

Groß-Berlin.

Die Jugend fordert ihre Rechte!

Ungezählte Scharen von jungen Arbeitern und Arbeiterinnen strömen dem Norden Berlins zu. Die „Freie Jugend Groß-Berlin“ hat eingeladen zu einer Jugendversammlung. Lange vor der angesetzten Stunde ist der Riesensaal gefüllt. Neue Massen drängen heran. Es wird abgepeert. Die Rote wird durchbrochen. Und immer enger wird's im Saale. Kein Gang bleibt frei. Es geht nicht mehr vorwärts noch rückwärts. Die Neuankommenden füllen den Hof. Bald ist auch er besetzt. Unterdessen beginnt oben die Versammlung. Junge Arbeiter haben die Leitung der Versammlung in Händen. Ein Wächterjüngler ergreift das Wort. Er leitet die Revolution. Schon vor Jahren hätte die freie sozialistische Jugendbewegung den Kampf gegen den Krieg, gegen das Hinschlachten der Jugend aufgenommen. Die Weiten der Jugend seien dafür in die Gefängnisse gekommen. Aber die Jugend ließ sich nicht abschrecken. Und nun wäre der offene Kampf nicht umsonst gewesen. Die Revolution hätte das Wort der freien Jugend gekrönt. Die Revolution müsse der Jugend ihre Freiheit und ihre Rechte bringen. Jahrelang hätte der Belagerungsstand des alten militä-

rischen Staates der Jugend das Versammlungswort vorenthalten. Nun gelte es, dieses Recht wahrzunehmen. Jetzt seien Redner auf Redner. Endlos ist die Reihe. Im Arbeitsmittel und im selbigen Redner sprechen sie die Sprache der Jugend. A. A. Hren wie da: Wurde die arbeitende Jugend schon vor dem Kriege ausgedeutet und mühte bei langer Arbeitszeit und geringem Lohn, bei ungenügendem Jugendschutz und schlechter Behandlung den Lehrmeistern und Fabrikherren Profit schaffen, so hat der Krieg die Ausbeutung der Jugend noch weiter gesteigert. Dazu kam die Entrechtung der Jugend, in Vereinen und Versammlungen ihre Interessen wahrzunehmen. Dazu kamen die Verordnungen des Staates, die der Jugend die Freiheit nahmen. Es kam der Sparzwang, das Hilfsdienstgesetz, die Aufhebung des Jugendschutzes, die Zwangsjugendkompanien. Vor allem wurde die Jugend ein Opfer des Militarismus. Jetzt ist mit einem Schloß dem Militarismus ein Ende bereitet worden. Die Jugend muß als nächstliegendes fordern: Kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne, ausreichenden Jugendschutz, den sechsstündigen Arbeitstag für Jugendliche bis 18 Jahren, Beseitigung der Schwerkraft, Reform der Fortbildungsschule, Verlegung des Unterrichts in die Arbeitszeit, Begahlung der Schulzeit, völlige Lern- und Bildungsfreiheit, Trennung der Kirche vom Staate und damit von der Schule, Mitbestimmung der Jugend in allen Jugendfragen und an der Verwaltung des Staates, das Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften der sozialistischen Republik vom 18. Jahre an für beide Geschlechter. — Die Jugend nahm diese Forderungen mit Begeisterung auf. Sie erklärte in einer Resolution, daß diese Forderungen nur in einer sozialistischen Republik erfüllt werden können, die konstituierende Versammlung, die die Bildung einer bürgerlich-demokratischen Republik verfolge, sei mit allen Mitteln zu verhindern, alle politische Macht müsse den Arbeiter- und Soldatenräten gehören. — Die Versammlung nahm dann noch scharf Stellung gegen die Jugendbewegung der „Arbeiter-Jugend“ und der abhängigen „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“. Der Erfolg der Versammlung war der Beitritt eines großen Teiles der Jugend zur „Freien Jugend Groß-Berlin“. Weitere Beitritte nimmt entgegen das Jugendsekretariat in Berlin, Schillerstr. 5, Hof 2 Treppen.

Die Fleischkonserverfabriken.

Die in den Fleischkonserverfabriken beschäftigten Arbeiter berieten am Sonntag ihre Forderungen. Einkünfte wurde beschlossen, für Gejellen einen Stundenlohn von 2 Mark, für Hilfsarbeiter 1,80 Mark, für Arbeiterinnen 1,20 Mark zu fordern. Die Arbeitszeit darf täglich 8 Stunden nicht überschreiten. Für jugendliche Arbeiter soll der Lohn um 25 Pfa. pro Stunde geringer sein. Die Akkordarbeit soll beseitigt werden. Dadurch würden mehr Personen beschäftigt und weniger Fleisch verderben. Bis zur Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises soll der Verbandsnachweis benutzt werden.

Die Konserverfabrikanter, die mit an den großen Kriegsgewinnern gehören, wollen von ihrem Profit auch in Zukunft möglichst wenig abgeben. In der Konserverfabrik „Victoria“ wurde den Gejellen erklärt, wenn sie nicht weiter in Akkord arbeiten wollten, würde der Betrieb geschlossen. Im anderen Falle könnten sie noch bis Weihnachten arbeiten. Die Herren glauben noch immer, daß sie sich keine Vorschriften brauchen machen zu lassen. Leider arbeiten in diesen Betrieben, wie in den andern, viele Gastwirte und kleine Händler, die mit einem minderen Verdiensten sind. Es wird Aufgabe der Stelle sein, die jetzt die Aufsicht hat, den Konserverfabriken etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Welfriede und Völkerverbund.

Heber dieses Thema sprach am Montag Abend Frau Dr. Selene Sicker in einer Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft. Sie kennzeichnete mit klaren Sätzen das System der Lüge und des Betrugs, mit dem die alten Gewalten die Massen für den „Verteidigungskrieg“ gewonnen und forderte, daß in Zukunft an Stelle der Gewalt im Völkerverbund allein das Recht zur Geltung kommt. In der Debatte waren besonders die Ausführungen Franz Pfeifers von Bedeutung, der vor einer übereilen Einberufung der Nationalversammlung warnte. In der zum Schluß angenommenen Resolution drohte die Versammlung zum Ausdruck, daß sie von der Revolutionsregierung energisches Fortschreiten auf dem durch die Revolution angebahnten Wege zu einer wahrhaften äußeren und inneren Befreiung des Volkes und die schärfste Bekämpfung und Beseitigung jeder Art von Gewalttätigkeit und Gegenrevolution erwarte.

Öffentliche Tabakarbeiterversammlung. In der gestrigen, von gegen 700 Arbeitern besetzten, öffentlichen Tabakarbeiterversammlung wurde die Wahl von Delegierten zum A- u. S.-Rat vorgenommen. Genosse Kaus vom Tabakarbeiterverband gab einen Ueberblick über die Sünden des abgedankten Militarismus und die Haltung der Reichssozialisten während des Krieges. Er forderte die Tabakarbeiter auf, nicht zu dulden, daß der Kapitalismus auch jetzt noch unbedeutend gelassen würde, und dafür einzustreten, daß die A- u. S.-Räte als Vertreter des Proletariats auch in der Zukunft beibehalten würden. Während der Diskussion machte sich eine starke Strömung gegen die Gewerkschaftsbeamten bemerkbar, gegen deren Verhalten als „Handlanger Grönerts“ die Versammlung einstimmig protestierte. Zum Schluß wurde die Mitteilung gemacht, daß die Unterwerfung in der Tabakindustrie die Forderungen der Arbeiter (unter anderem eine monatliche Erhöhung der Löhne um 40 Prozent) angenommen hätten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Berlin-Lichtenberg hat zur Kontrolle der städtischen Verwaltung sowie des Polizeiwesens 13 Volkskommissare bestellt.

Grundsätzlich ist entschieden:

1. Dem Volkskommissariat steht das Recht zu, die Beschlüsse des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zu beanstanden.

2. Die Volkskommissare der städtischen Verwaltung nehmen mit beratender Stimme an den Magistratsitzungen teil; desgleichen, soweit sie einzelnen Verwaltungsvorgängen zustellen und, auch an den hierfür in Frage kommenden Deputationen, und Kommissionsitzungen.

3. Die Tätigkeit der Volkskommissare in den einzelnen Verwaltungszweigen ist eine kontrollierende und beaufsichtigende.

4. Alle öffentlichen Bekanntmachungen des Magistrats, die ihren Inhalt nach über den Rahmen des laufenden geschäftlichen Angelegenheiten hinausgehen, sind von den Volkskommissaren John und Tempel mitzugesehen.

Die Organisation des Volkskommissariats ist dahin geregelt: Dem Herrn Oberbürgermeister sind beigeordnet die Volkskommissare John und Tempel.

Deser sind bestellt worden:

Für die Allgemeine Verwaltung der Volkskommissar John, Vertreter Volkskommissar Tempel.

Für die Rohungsmittelversorgung die Volkskommissare Mirus, Swinkowski und Stein.

Für die Wohlfahrts- und Armenpflege und Kriegsfürsorge die Volkskommissare Becker, Peterhansel und Richter.

Für die Wohnungsfürsorge und den Wohnungsbau die Volkskommissare Jünemann und Scheffel.

Für das Fuhrwesen, die Straßenreinigung und die Futtermittelversorgung der Volkskommissar Elias.

Das Polizeiwesen untersteht den Volkskommissaren Brühl und Wihle.

Der Volkskommissar John ist für die Einwohner-Verzeichnisse täglich von 9½ bis 11¼ Uhr im Rathaus, Zimmer 27, zu sprechen.

Alle Anträge an die Volkskommissare sind zu richten an das Volkskommissariat Berlin-Lichtenberg, Rathaus, Möllendorffstr. 6.

Diese Regelung stellt ein Probitorium dar, welches mit dem Tage, an welchem eine auf gesetzlicher Grundlage beruhende Stadtverwaltung neu gewählt ist, sein Ende erreicht.

Berlin-Lichtenberg, den 18. November 1918.

Die Volkskommissare:

Becker, Brühl, Elias, John, Jünemann, Mirus, Peterhansel, Richter, Scheffel, Stein, Swinkowski, Tempel, Wihle.

Der Magistrat.

Birken.

Freidruck im Schleichhandel. Der Waffenstillstand hat die Möglichkeit eröffnet, daß bald wieder Lebensmittel und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs in unser ausgehungertes, schwer geprüftes Land kommen. Den Schleichhändlern wird bei dieser Möglichkeit bange. All die schönen Sachen wie Kaffee, Zucker, Tee, Nüsse und andere Kolonialwaren, deren Kauf „unter der Hand“ meist nur den Begüterten möglich war, kommen langsam zum Vorschein, und die Preise sind wesentlich gesunken. Kaffee, Tee und Nüsse sollen am mehr als 30 M. pro Pfund gefallen sein. Auch Nipartren sollen rasch im Preise. Es ist möglich, daß auf diese Weise ganz beträchtliche Mengen von Lebensmitteln an den Tag kommen, denn manche Schleichhändler sollen ziemlich große Vorräte aufgespeichert haben, in der Hoffnung, durch einen recht langen Krieg sich damit gesund zu machen.

Zwangsweise Berliner Woban-Jude beschlagnahmt. Bei den Berliner Woban-Juden wurden bekanntlich jähst große Mengen von Juden beschlagnahmt. Bei ihren Vernehmungen gaben die Leute fast alle an, daß sie den Juden von Soldaten gekauft hätten. Seitdem ist es aber dem Berliner Kriegswunderamt einmal gelungen, festzustellen, daß die Vermutung, es handle sich um geflohenen Inlandsjuden, zutrifft. 22 Berliner Juden, die per Schiff in Berlin anlangen, wurden heimlich von einem Schiffer abgelesen und sollten zu Wucherpreisen an die bereits darauf wartenden Woban-Juden weitergegeben werden, als es gelang, die ganze Gesellschaft festzunehmen. Die Judermenge wurde sofort der Reichsgendarmerei zugeführt, während 1000 Mark in bar sowie die Spar- und Bankguthaben der Woban-Juden mit Beschlag belegt wurden.

Der Rat geistiger Arbeiter, Berlin, Reichstag, Zimmer 104, dessen Ziel es ist, die kulturpolitische Mobilisierung auf dem Boden der sozialen Republik zu verwirklichen, findet es unläuter, daß ein Hund schaffener Künstler, unter denen sich — neben maßloses Namen — zahlreiche Kriegshetze befinden, sich der Regierung und der Öffentlichkeit als legitime Vertreter geistiger Menschen aufzuspielen versucht. Der Rat geistiger Arbeiter, der sich am 10. November in Verbindung mit dem A- und S.-Rat konstituierte und keine Interessengruppenreaktion reaktionärer Elemente ist, hat mit dieser Entstellung seiner kulturpolitischen Schöpfung nichts gemein. Der Rat geistiger Arbeiter fordert alle, welche die Sicherung der revolutionären Erregungschancen ernstlich wollen, auf, gegen diesen Mißbrauch in die Paktisten der Gründerzeit Stellung zu nehmen.

Die Arbeiterturner Groß-Berlin treffen sich am Montag früh um 9 Uhr Köpenickerstraße 108.

Für unsere Jugend! Die Schaltung unserer Genossen Erich Gaderbach findet am Montag hat. Die Großberliner Jugend trifft sich um 410 Uhr im Lustgarten. Eröffnet in Massen!

Wahl! Bureauangestellte in Krankenkassen, Berufsgenossenschaft, Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen, bei Rechtsanwältinnen usw. wenden sich wegen der Wahl der Angestellten- und Arbeiter-Vertreter an unser Bureau für Groß-Berlin O 27, Dirschenstraße 41. Ebenso ist vor Einreichung von Forderungen unsere Zustimmung eingeholen.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands Ortsgruppe Groß-Berlin.

Die Räume der Redaktion der „Freiheit“ befinden sich fortan Schiffbauerdamm 19, 3 Treppen, die der Expedition Schiffbauerdamm 19, 4 Treppen. Die Redaktion hat den Telefonanschluß Norden 2895 und 2896, die Expedition Norden 11 007 und 11 008.

Die Besteller der „Freiheit“ wollen entschuldigen, wenn ihnen das Blatt in diesen Tagen nur unregelmäßig und mit Verzögerung zugestellt worden ist. Es liefen täglich tausende von Bestellungen ein, daß es der Expedition nicht möglich war, die notwendigen Anordnungen sofort zu treffen und durchzuführen. Es wird dafür Sorge getragen werden, daß in kurzer Zeit eine regelmäßige Zustellung Platz greift.

Die Expedition unserer Zeitung „Die Freiheit“ befindet sich für

Lichtenberg

Neue Bahnhofstraße 36.

Straßenhändler für den Bezirk Lichtenberg und Umgegend können sich dort melden.

Eckrestaurant

Wagners Hof (West) am Hauptbahnhof an Wagners Hof, Nr. 5200

Jugendl. Boten

Der nächste Bezahltermin wird ausgesetzt.

Meldungen von 9-12 Uhr vorab.

Verlag „Die Freiheit“

Berlin N.W., Schiffbauerdamm 19.

Gute Verdienstmöglichkeiten

bietet jedem der Straßenverkauf der „Freiheit“. Ausgabe täglich morgens ab 4 Uhr und nachmittags ab 2½ Uhr. Jeder kann Exemplare abholen, um sie mit einem Gewinn von 4 Pfg. für das Exemplar weiter zu vertreiben.

Parteilosen

die sich als

Straßenverkäufer

der „Freiheit“ fest verpflichten wollen, werden zu günstigen Bedingungen (sofortige Bezahlung und Gewinnanteil an jedem verkauften Exemplar) vom Verlag der „Freiheit“ angenommen. Meldungen von 10 bis 12 Uhr in der Expedition, Schiffbauerdamm 19, 4 Tr.